

10.07.84

Antrag

des Landes Baden-Württemberg

Entschlieung des Bundesrates zur Einführung umwelt-
freundlicher Kraftfahrzeuge

DER MINISTERPRÄSIDENT
DES LANDES BADEN WÜRTTEMBERG

Stuttgart, den 10. Juli 1984

Nr. 3676

An den
Herrn Präsidenten des Bundesrates

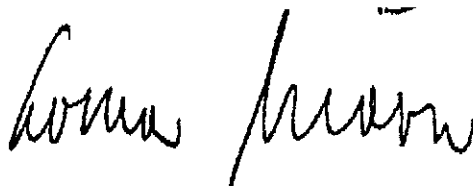
Sehr geehrter Herr Bundesratspräsident,
die Landesregierung von Baden-Württemberg hat beschlossen,
dem Bundesrat den in der Anlage beigelegten Antrag für eine

Entschlieung des Bundesrates zur
Einführung umweltfreundlicher
Kraftfahrzeuge

zuzuleiten.

Ich bitte Sie, die Vorlage gemäß § 36 Abs. 2 der Geschäfts-
ordnung des Bundesrates auf die Tagesordnung der Sitzung des
Bundesrates am 13. Juli 1984 zu setzen.

Mit freundlichen Gren



Anlage

Entschließung des Bundesrates zur Einführung umweltfreundlicher Kraftfahrzeuge

1. Der Bundesrat sieht mit Sorge das nachhaltige Anwachsen der Vegetations- und Materialschäden. Die Schäden werden entscheidend von den Luftverunreinigungen verursacht, die zudem zu Gefährdungen der menschlichen Gesundheit führen.

Autoabgase sind eine der wesentlichen Quellen der Luftverschmutzung. Etwa 55 v.H. der in der Bundesrepublik Deutschland emittierten Stickoxide und etwa 39 v.H. der Kohlenwasserstoffe stammen aus den Abgasen der Kraftfahrzeuge.

Die Schadstoffe in den Kraftfahrzeugabgasen müssen deshalb durch die nach dem Stand der Technik wirkungsvollsten Methoden nachhaltig vermindert werden. Um dies zu erreichen, sind zusätzliche Maßnahmen zur Einführung umweltfreundlicher Kraftfahrzeuge notwendig.

2. Der Bundesrat hält das von der EG-Kommission entworfene Terminschema für die stufenweise von 1989 bis 1995 vorgesehene Einführung verschärfter Emissionsgrenzwerte und von bleifreiem Benzin für unzureichend und im Hinblick auf das Ausmaß der bereits eingetretenen und noch zu erwartenden ökologischen und ökonomischen Schäden für politisch nicht verantwortbar. Er bittet die Bundesregierung, in den Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten und in den Gremien der Europäischen Gemeinschaft nachdrücklich auf einer verbindlichen Einführung der verschärften Abgasgrenzwerte nach dem Stand der Technik zum 1. Januar 1986 zu bestehen.

Im Hinblick auf die in der Bundesrepublik Deutschland besonders gravierenden Waldschäden und die sich hieraus ergebende nachhaltige ökologische Bedrohung erwartet der Bundesrat, daß die anderen EG-Mitgliedstaaten diesem besonderen Interesse der Bundesrepublik Deutschland Rechnung tragen. Dabei sieht der Bundesrat einen unmittelbaren Zusammenhang insbesondere mit der Deckung des Ausgabenbedarfs der EG-Haushalte 1984 und 1985.

3. Der Bundesrat bekräftigt seine EntschlieÙung zur Reduzierung der Schadstoffe im Automobilabgas vom 10. Juni 1983 (Drucksache 221/83-Beschluß).

Sollte eine EG-weite, verbindliche Festlegung der Emissionsgrenzwerte nach dem Stand der Technik mit Wirkung ab

1. Januar 1986 nicht erreichbar sein, ist der Bundesrat im Hinblick auf die zwingenden lebensnotwendigen Erfordernisse des Umweltschutzes der Auffassung, daß in der Bundesrepublik Deutschland ab 1. Januar 1986 das erstmalige Inverkehrbringen von Kraftfahrzeugen verboten werden muß, deren Emissionen nicht die Grenzwerte nach dem Stand der Technik einhalten. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, die hierfür erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Der Bundesrat hält es auch für unumgänglich, unverzüglich Absprachen mit denjenigen europäischen Staaten zu treffen, die zu einem entsprechenden Vorgehen bereit sind. In Verhandlungen mit den europäischen Staaten sollte insbesondere sichergestellt werden, daß in genügendem Umfang unverbleites Benzin zur Verfügung steht.

4. Der Bundesrat hält es für dringend geboten, die Anschaffung umweltfreundlicher Kraftfahrzeuge zumindest bis zur verpflichtenden Einführung der Emissionsgrenzwerte nach dem Stand der Technik zu fördern. Er begrüßt deshalb den Beschluß der Bundesregierung vom 3. Juli 1984,

- umweltfreundliche Fahrzeuge für eine Übergangszeit von der Kraftfahrzeugsteuer zu befreien und die Kraftfahrzeugsteuer für herkömmliche Kraftfahrzeuge anzuhoben;
- zum verstärkten Anreiz für den Einsatz unverbleiten Benzins die Mineralölsteuer hierauf zu senken und auf bleihaltiges Benzin zu erhöhen.

Der Bundesrat begrüßt ferner die Bereitschaft der Bundesregierung, weitere Kaufanreize für umweltfreundliche Kraftfahrzeuge zu prüfen. Er erwartet eine rasche Lösung, die sicherstellt, daß Automobilindustrie und Käufer bald wissen, von welchen gesetzlichen Regelungen sie ausgehen können. Bei weiterer Verzögerung gesetzlicher Entscheidungen drohen in der Automobilindustrie durch Kaufzurückhaltung Probleme, die sich sowohl auf die konjunkturelle Entwicklung wie auch auf die Sicherheit der Arbeitsplätze auswirken könnten.

Beschluß
des Bundesrates

zur

EntschlieÙung des Bundesrates zur Einführung umweltfreundlicher
Kraftfahrzeuge

- Antrag des Landes Baden-Württemberg -

Der Bundesrat hat in seiner 540. Sitzung am 14. September 1984 beschlossen, die EntschlieÙung nicht zu fassen (vgl. jedoch die EntschlieÙung in Drucksache 341/84 (Beschluß)).